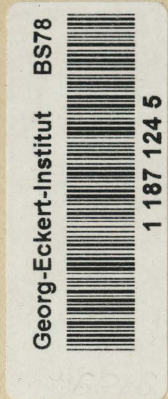


fo

hier



Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung Braunschweig Schulbibliothek

83/4069

Z-V NRW S-35(1941)

Rahmenlehrpläne für Berufsschulen; hier: vorläufige Richtlinien für den Unterricht im Fach Politik

RdErl. d. Kultusministers v. 16. 6. 1971 — III A 5.36 — 20/0 — 1110/71

Bezug: RdErl. d. Kultusministers v. 22. 7. 1955 — II E 4 — 73/5 — 3490/55 — (Abl. KM. NW. S. 123).

Das Fach „Bürgerkunde“ erhält künftig die Bezeichnung „Politik“. Für dieses Fach wurden in den von mir gebildeten Ausschüssen unter Leitung der Fachreferenten und Dezernenten von erfahrenen Berufsschulpädagogen neue Richtlinien erarbeitet. Die Richtlinien sollen ab Schuljahr 1971/72 in allen Berufsschulen erprobt werden. Der o. a. Bezugserlaß wird mit Wirkung vom 1. August 1971 außer Kraft gesetzt.

An die Regierungspräsidenten des Landes, das Landesoberbergamt.

Vorläufige Richtlinien für den Unterricht im Fach Politik

1. Aufgaben des politischen Unterrichts in der Berufsschule

Ebenso wie der Erwachsene steht der Jugendliche heute als unmittelbar Angesprochener und Betroffener im Spannungsfeld politischer Entscheidungen. In allen Lebensbereichen empfindet er die Vielschichtigkeit politischer Probleme, deren Bedeutung er ahnt, ohne selbst in der Lage zu sein, ihre Bedingungen und Strukturen klar zu durchschauen. Der mechanisierte und automatisierte Arbeitsprozeß fordert auch von den Jugendlichen strenge Ein- und Unterordnung. Diese Einengung bedeutet für seine Persönlichkeitsentfaltung eine wesentliche Erschwerung. In dem Maße, wie sich der Freizeitraum erweitert, wird gerade von ihm die Diskrepanz zwischen den festen Beziehungen in der Arbeitswelt und der Offenheit der Privatsphäre immer stärker empfunden.

Vielgestaltigkeit und Dynamik sind wesentliche Kennzeichen der Industriegesellschaft. In dieser von Abhän-

gigkeiten gekennzeichneten Gesellschaft ist der einzelne einer Vielfalt von Einflüssen ausgesetzt, die ihm die Bestimmung seines Standortes in der Gesellschaft erschweren. Die Standortbestimmung ist aber unabdingbare Voraussetzung politischer Urteils- und Entscheidungsfähigkeit.

Hier liegt die entscheidende Aufgabe des politischen Unterrichts, der nachzuweisen hat, daß die demokratische Form der politischen Auseinandersetzung den in unserer Gesellschaft allgemein anerkannten Wertvorstellungen von Freiheit, Recht und Menschenwürde am ehesten entspricht.

Der politische Unterricht setzt sich das Ziel, den Schülern eingehende Kenntnisse über politische Sachverhalte zu vermitteln. Das Politische gilt für alle Bereiche der Gesellschaft als das Strittige, noch nicht Entschiedene.

Um dem Jugendlichen das Politische bewußt zu machen, sollen grundsätzlich seine Erfahrungen berücksichtigt und genutzt werden. Das politische Urteil und die politische Entscheidung verlangen, die Fähigkeiten zur Selbstbestimmung zu entwickeln und zu stärken; das ist um so notwendiger, als der Jugendliche im besonderen Maße der Gefahr der Außenlenkung ausgesetzt ist.

Der Blick ist auf die Diskrepanz zwischen Normativem und Faktischem zu richten (Verfassung und Verfassungswirklichkeit). Der Zusammenhang zwischen unvermeidlichen politischen Konflikten und der gesellschaftlichen Entwicklung ist zu verdeutlichen. Es kommt darauf an, offene und latente Konflikte sichtbar zu machen, den demokratischen Prinzipien angemessene Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren, um Entscheidungen zu ermöglichen bzw. bereits gefällte Entscheidungen kritisch verstehen und begründen zu können. Dieses Vorgehen erfordert die Überwindung von Vorurteilen und eine unvoreingenommene Untersuchung mit dem Ziel eines rational begründeten Urteils und Verzicht auf jede Schwarzweißmalerei.

Die Hinführung zur Entscheidungsfähigkeit ist im politischen Unterricht nur zu leisten, wenn auch Techniken der Informationsaufnahme, Informationsanalyse und Meinungsäußerung vermittelt und geübt werden. Erst die Fähigkeit zu rationaler Beurteilung politischen Handelns wird dem Jugendlichen politische Beteiligung ermöglichen.

2. Zur Didaktik

Die ständige Orientierung an der wissenschaftlichen Forschung ist insbesondere wegen ihrer vehementen Entwicklung eine unabdingbare Forderung. Das Prinzip der Konkretheit und/oder der Aktualität als Voraussetzung für die Entwicklung der Entscheidungsfähigkeit verlangt, den problemhaften Fall in den Mittelpunkt des Unterrichts zu stellen.

Die in den allgemeinbildenden Schulen erworbenen Kenntnisse und Einsichten sind dabei zu berücksichtigen.

Der Gefahr zufälliger Aneinanderreihung muß durch sinnvolle Auswahl der Fälle begegnet werden. Die Zuordnung mehrerer Fälle soll die Einsicht in größere Zusammenhänge ermöglichen. Ein derartiger Unterricht erfordert mehr Zeit als die ausschließlich stoffsystematische Erarbeitung.

Die Auswahl der konkreten Fälle soll der Lehrer so vornehmen, daß dem Schüler wesentliche Elemente des Politischen bewußt werden.

Kennzeichnend für das Politische ist:

Das Streben nach Macht und nach Beeinflussung der Machtverteilung, um in der Auseinandersetzung mit anderen interessebedingte Wertvorstellungen zur Gestaltung der gesamten Ordnung durchzusetzen.

3. Zur Methodik

Die Aufgaben des politischen Unterrichts sind nur zu erfüllen, wenn dem Fach adäquate Unterrichtsformen gewählt werden und bestimmte organisatorische Voraussetzungen gegeben sind.

Der politische Unterricht verlangt in besonderem Maße die Demokratisierung des Verhältnisses des Lehrers

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

L1

L2

zu seinen Schülern. Unterrichtsformen, die durch Selbsttätigkeit der Schüler ihre Kritik- und Urteilsfähigkeit fördern, begünstigen diesen Prozeß. Bei der Auseinandersetzung über strittige Fragen muß die Auffassung des Lehrers als eine unter mehreren möglichen erkennbar sein. Durch den Einsatz von Arbeitsmitteln, die den Wissenserwerb in zunehmendem Maße dem Schüler übertragen, wird sich die Rolle des Lehrers im Unterricht ändern. Er wird im Laufe der Schulzeit seine Aufgabe weniger in der Wissensvermittlung sehen als in der Beratung und in der Organisation des Unterrichts sowie der Koordination der verschiedenen Schüleraktivitäten.

Eine besondere Bedeutung hat daher der Gruppenunterricht, der dem Lehrer die Aufgabe zuweist, die Schüler anzuleiten, Informationen sinnvoll aufzugreifen, zu ordnen und zu verarbeiten, Argumente und Gegenargumente kritisch zu werten sowie die Struktur und Dynamik der Gruppenprozesse bewußt zu machen. Zur Rationalisierung des Unterrichtsablaufs ist auch der Einsatz von Programmen gerechtfertigt.

Die Interpretation politischer Tatbestände und Entwicklungen sowie die verschiedenen Möglichkeiten der Meinungsäußerung sind in einer dem Berufsschüler gemäßen Weise zu üben.

Die Aufgabe des Lehrers muß es sein, die zur Verfügung stehenden Medien im Verbund sinnvoll und planmäßig in den Unterricht zu integrieren.

Themenkreise		
Der einzelne in der Gesellschaft	Information und Meinungsbildung	Politik und Recht
Die politischen Parteien	Parlament und Regierung als Orte legitimer politischer Entscheidung	Die Gesellschaft im Wandel
Herrschaftsformen im 20. Jahrhundert	Politik und Wirtschaft	Weltpolitische Probleme

Der Rahmenlehrplan bietet dem Lehrer den Stoffverteilungsplan für seine Klasse genügend Stoff zur Auswahl an. Die folgenden Themenkreise mit ihren Zielsetzungen sind verbindlich:

- für die Unterstufe: Information und Meinungsbildung,
- für die Mittelstufe: Parlament und Regierung als Orte legitimer politischer Entscheidung,
- für die Oberstufe: Politik und Wirtschaft.

Im übrigen sind aktuelles Geschehen und methodische Überlegungen für die Behandlung der Themenkreise entscheidend. Die Anregungen sind lediglich als Hilfen gedacht. Sie sind in dieser Formulierung nicht als Unterrichtsthemen anzusehen. Die Aufstellung von Stoffverteilungsplänen im Bereich einer Schule widerspricht dem Sinn dieses Lehrplanes.

Themenkreis

Der einzelne in der Gesellschaft

Lernziele:

Die moderne Gesellschaft ist gekennzeichnet durch Vielgestaltigkeit und Beweglichkeit. Eine begrenzte Gesellschaftsanalyse erhellt die Strukturen der gesellschaftlichen Umwelt des einzelnen. Seine Abhängigkeit von den materialen und sozialen Gegebenheiten dieser Umwelt muß deutlich werden.

Da jeder Mensch zugleich vielen Gruppen angehört, müssen die unterschiedlichen Verhaltenserwartungen und seine möglichen Verhaltensweisen Bestandteil des Unterrichts sein. Jede Entscheidung des einzelnen zu den Erwartungen und Verlockungen der Gruppen wird für ihn Vor- und Nachteile haben. Dieser Konfliktsituation muß

neben der Freiheit der Entscheidung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Das Zusammenleben von Menschen erfordert Regelungen, auf die man sich verlassen kann, die aber veränderbar sind.

Die unvermeidlich auftretenden Konflikte und deren rationale, an Regeln und Gesetzen orientierte Austragung und Überwindung sind ein Element der Fortentwicklung.

In einer so strukturierten Gesellschaft muß sich der einzelne als Betroffener und seine Umwelt Mitprägender verstehen.

Anregungen

Veranlagung und Umwelt als prägende Faktoren

Der einzelne in verschiedenen Gruppen

- Status
- Rolle
- Verhaltenserwartungen und -möglichkeiten
- Konflikte
- Sanktionen

Zusammenleben in der Gesellschaft

- Gruppenkonflikte, soziale Schichtung — Mobilität
- Notwendigkeit und Gestaltung von Regeln
- Der einzelne in den Ordnungssystemen von Gesellschaft und Staat

Autorität und Erziehung

Themenkreis

Information und Meinungsbildung

Lernziele:

Die Grundfreiheiten ermöglichen die vielseitige Struktur unserer Gesellschaft.

Die einzelnen Gruppen dieser Gesellschaft informieren unterschiedlich und versuchen, die Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu unterrichten.

Information ist weitgehend abhängig von dem Grad der Freiheit in einem Staate.

Information ist notwendig, auch zur Überwindung von Vorurteilen.

Der einzelne muß befähigt werden, aus der Vielzahl unterschiedlicher und meistens manipulierter Informationen die Grundlagen für ein eigenes Urteil zu gewinnen und seine Meinung zu vertreten.

Anregungen

Die Grundfreiheiten als Voraussetzung für Information

- Das Nebeneinander verschiedener Gruppen in der Gesellschaft
- Die Vielfältigkeit der Wertvorstellungen und Ideologien
- Die Mannigfaltigkeit verschiedener Interessen
- Das Interesse an der Beeinflussung der öffentlichen Meinung

Information — Manipulation

- Das Grundrecht der Informationsgewinnung und -verbreitung
- Zensur
- Pressekonzentration
- Manipulation der Berichterstattung

Meinungsforschung

- Entscheidungshilfe
- Manipulationsmittel

Information, Urteilsfähigkeit und Gewissenhaftigkeit als Voraussetzung rationaler Konfliktlösung

Es ist deutlich zu machen, daß dadurch der einzelne in stärkerem Maße Fremdbestimmungen unterliegt, die immer neue Anforderungen an ihn stellen und Funktionsänderungen zur Folge haben.

Persönlichkeitsentfaltung und Geborgenheit geben darum der Partnerwahl und der Familie ihre besondere Bedeutung. Es sind Möglichkeiten und Wege zu zeigen, wie in besonderer Weise Bereitschaft zu permanenter Weiterbildung und echter Partnerschaft Hilfen zur Bewältigung dieser Situation geben.

Anregungen

Die offene und geschlossene Gesellschaft

Merkmale der modernen Industriegesellschaft

Strukturwandlungen durch Technisierung, Konzentration und Konkurrenz

Zunehmende Differenzierung und Integration in allen Lebensbereichen

Wachsende Statusunsicherheit

Konsum- und Freizeitgesellschaft als Folge der Automation

Die politische Manipulierbarkeit

Anforderungen der modernen Industriegesellschaft an den einzelnen

Notwendigkeit der Berufsbildung

Bildung als permanente Aufgabe

Die Auswirkungen der modernen Industriegesellschaft auf die Familie

Streben nach Unabhängigkeit und höherem Lebensstandard

Funktionswandel

Liebe und Sexualität

Partnerwahl und Familienplanung — Frühehe und Berufsabschluß

Staat und Familie

Themenkreis

Herrschaftsformen im 20. Jahrhundert

Lernziele:

Herrschaft ist unter den Bedingungen der derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklung notwendig, um Schutz und Sicherheit in möglichst großem Umfang für alle Menschen zu gewährleisten.

In jeder Gesellschaft besteht die Tendenz der Verfestigung der Herrschaftsstrukturen.

Am Beispiel bestehender Herrschaftsformen, die auf bestimmten Ideologien gegründet sein können, sind unter Berücksichtigung der historischen und derzeitigen Gegebenheiten die bedeutsamen Regierungsformen der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart zu behandeln und miteinander zu vergleichen.

Die Vor- und Nachteile für den einzelnen, für Gruppen und das ganze Volk sind besonders unter dem Aspekt der Freiheit, des Fortschritts und der Sicherheit zu beleuchten und zu diskutieren.

Da das Maß der Freiheit weitgehend durch die Vielfältigkeit der Entscheidungsmöglichkeiten gewährleistet wird, bieten die demokratisch orientierten Herrschaftsformen die größte Gewähr für das größte Maß an Freiheit und damit die freie Entfaltungsmöglichkeit des einzelnen.

Herrschaftsformen müssen im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Entwicklung gesehen werden. Legitimation und Kontrolle sind dafür entscheidende Kriterien. Die Spannungen zwischen Herrschafts- und Gesellschaftsordnung können sonst zu revolutionären Umwälzungen führen.

Anregungen

Herrschaft als Funktion des Staates

Möglichkeiten und Grenzen der Staatsgewalt

Demokratisch orientierte Herrschaftsformen

Autoritäre Herrschaftsformen

Themenkreis

Politik und Wirtschaft

Lernziele:

Eine funktionierende Wirtschaft beruht auf einer bestimmten Ordnungsvorstellung und auf einem intakten Kreislauf innerhalb der angestrebten Wirtschaftsordnung.

Die Wirtschaftsordnung und der Wirtschaftskreislauf resultieren nicht aus immanenten Gesetzen und sind nicht stabil. Politische Kräfte operieren ständig in diesen beiden Bereichen.

Der Zielkonflikt zwischen Politik und ökonomischer Zweckmäßigkeit ist im Ordnungssystem und im Kreislaufsystem sichtbar zu machen.

Wirtschaftspolitisches Handeln darf sich nicht nur auf die Sicherung einer Wirtschaftsordnung und eines geordneten Wirtschaftskreislaufs beschränken, sondern muß die Veränderung der Wirtschaft durch Wachstum und technischen Fortschritt als Zielvorstellung berücksichtigen.

Machtpolitische Konstellationen beeinflussen in erheblichem Maße die Wirtschaft. Andererseits üben auch Machtgruppen im Bereich der Wirtschaft Einfluß auf die politischen Entscheidungen von Parlament und Regierung aus. Die getroffenen Entscheidungen sind Kompromisse und beinhalten deshalb für einzelne Gruppen Vor- und Nachteile.

Anregungen

Wirtschafts- und Sozialordnungen in Partei- und Regierungsprogrammen

Methoden staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen

Strukturplanung und Raumordnung

Wirtschafts- und sozialpolitische Ordnungsaufgabe des Staates

Soziale Sicherung als Gegenstand politischer Auseinandersetzungen (Zielkonflikt: Vollbeschäftigung — Preisstabilität)

Verbesserung der Eigentumsordnung, Vermögensbildung und Sozialstruktur

Technischer Fortschritt und seine wirtschafts- und sozialpolitischen Auswirkungen.

Das Gleichgewicht der Produktionsfaktoren

Wirtschaftliche Stärke und politische Macht

Wirtschaft und Demokratie

Die Rolle der Interessenverbände

Autonomie der Tarifpartner

Mitbestimmung

Themenkreis

Weltpolitische Probleme

Lernziele:

Interessenkonflikte verschiedener Art, die aus sachlichen, ideologischen und religiösen Gegensätzen erwachsen, werden trotz aller Bemühungen nicht aus der Welt zu schaffen sein, es werden ständig neue entstehen. Durch die Entwicklung der Technik und der Kommunikation werden sie uns schneller und deutlicher bewußt. Sie beeinflussen uns ebenfalls stärker, eine „splendid isolation“ ist nicht mehr möglich. Eine humanisierte Welt kann nur durch internationale Solidarisierung zwischen industriell hochentwickelten Staaten und Entwicklungsländern erreicht werden.

Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft sowie übernationale Zusammenarbeit sind unerlässlich zur Existenzsicherung eines jeden Staates. Erforderlich sind dazu Berücksichtigung der Interessen anderer Staaten und die rationale Bewältigung und Steuerung eigener Interessen und Emotionen.

Internationale Konventionen und Organisationen sollen in ihren bisherigen Ergebnissen und Leistungen, in ihrer Fragwürdigkeit und Notwendigkeit erkannt werden.

Themenkreis

Politik und Recht

Lernziele:

Sitte, Gewohnheit und geschriebenes Recht haben die Aufgabe, allgemein anerkannte Verhaltensweisen zu Vorschriften zu machen. In einer sich wandelnden Gesellschaft wandelt sich auch das Recht. Da der Wandel der Gesellschaftsordnung immer erst abgewartet werden muß, bis er klar erkennbar ist, hinken Rechtsordnung und damit Gesetzgebung und Rechtsprechung nach. Hieraus ergibt sich, daß Recht und Gerechtigkeit nicht immer übereinstimmen und dadurch Spannungen entstehen.

Recht und Ordnung müssen in einem Staat in Frage gestellt werden können. Der einzelne muß befähigt werden, seine Rechte zu wahren und Recht von Unrecht zu unterscheiden.

Auch ein demokratischer Staat kann auf Machteinsatz im Innern nicht verzichten.

Anregungen

Recht als Voraussetzung gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung

Sitte

Gewohnheitsrecht

Geschriebenes Recht (Gesetz)

Recht im Wandel der Gesellschaftsordnung

Recht, Gerechtigkeit und Gewissen

Spannungsverhältnis Recht und Gerechtigkeit

Rechtsanspruch des einzelnen

Sonderrechte einzelner Gruppen

Spannungsverhältnis Rechtsnorm und Gewissen

Recht und Macht in der Demokratie

Der Staat setzt Recht

Der Staat unterwirft sich dem Recht

Der Staat garantiert die Unabhängigkeit der Rechtsprechung

Staatsmacht schützt die Rechtsordnung

Die Menschenrechte

Themenkreis

Die politischen Parteien

Lernziele:

Die politische Partei ist eine Gruppe, die auf Durchsetzung bestimmter Vorstellungen gerichtet ist. Sie stellt ein Geflecht sozialer Beziehungen dar, sie kennt Normen und Rollen, denen sich ihre Mitglieder anpassen oder die sie zu verändern suchen.

Das einzelne Mitglied kann nur wirksam handeln, wenn es bei den anderen Mitgliedern der Gruppe Resonanz findet. Es müssen die Bedingungen analysiert werden, unter denen die Mitglieder an der Willensbildung innerhalb der Partei teilnehmen können.

Die politische Freiheit und Gebundenheit innerhalb einer Partei und der auch in ihr gegebene Interessenkonflikt müssen deutlich werden.

Die politischen Parteien konzentrieren die Vielzahl der Meinungen der Bürger auf die wesentlichen politischen Probleme und nehmen zu diesen Problemen Stellung.

Die Bildung der von der Partei vertretenen Meinung und die Beeinflussung der Meinung der Parteimitglieder durch die Gruppe muß ebenso erkennbar werden wie die Artikulation der Gruppenmeinung nach außen.

Die Einschätzung der Handlungsnotwendigkeit und der Handlungsmöglichkeiten der politischen Parteien durch Mitglieder und Parteiführung müssen sichtbar werden, ebenso die Formen der Handlung und die Art und Weise der Durchsetzung der Absichten.

Politische Vorstellungen eines einzelnen können am wirksamsten durch aktive Mitarbeit in einer Partei durchgesetzt werden.

Anregungen

Geschichte der politischen Parteien

Geschichte des Parteiwesens

Geschichte der politischen Parteien der BRD

Die Parteien als politischer Willensträger

Mitglieder und Programme der politischen Parteien der BRD

Innerparteiliche Willensbildung und Gruppenstruktur

Wechselbeziehungen zwischen Interessenverbänden und Parteien

Wählerverhalten und Parteipolitik

Kandidatenaufstellung

Fraktionszwang — Fraktionsdisziplin

Verfassungsrechtliche Stellung der Parteien — Parteiverbot und politische Freiheit

Finanzierung der Parteien

Themenkreis

Parlament und Regierung
als Orte legitimer politischer Entscheidung

Lernziele:

Orientierung über die Aufgabenbereiche von Parlament und Regierung genügt allein nicht; darüber hinaus muß erkannt werden, daß politischer Aktionswillen in der Demokratie zu Entscheidungen ermächtigt werden kann und daß diese aus der Machtbefugnis heraus getroffenen Entscheidungen allgemeinverbindlich sein müssen.

Nicht nur die Größe der Fraktionen, sondern auch die berufliche und politische Qualifikation der Abgeordneten und ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Interessengruppen begründen die Arbeit im Parlament und in den Ausschüssen.

Der Unterricht soll nicht nur an der politischen Theorie, sondern auch an den empirischen Befunden orientiert sein. Die Tätigkeit von Parlament und Regierung ist zu sehen vor dem Hintergrund der Wirksamkeit der politischen Parteien in Staat und Gesellschaft.

Im parlamentarischen System sind Machtgebrauch, Machtkontrolle, Streben nach Machtwechsel und die Ausnutzung aller gesetzlichen Möglichkeiten wesentliche legale Bestandteile.

Die Konzentration auf eine parlamentarische Ebene kann zur Gewinnung der o. a. Erkenntnisse reichen.

Anregungen

Die Wahl der Abgeordneten

Das Wahlsystem als politisches Instrument

Der Wahlkampf

Parlament und Regierung

Die Arbeit der Abgeordneten

Regierungspartei — Koalition — Opposition

Regierung und Verwaltung

Einfluß der Interessenverbände auf Parlament, Regierung und öffentliche Verwaltung

Entscheidung und Gesetzgebung

Gewaltenteilung und Machtkontrolle

Verfassung und Verfassungswirklichkeit

Gefahrenpunkte im parlamentarischen System

Themenkreis

Die Gesellschaft im Wandel

Lernziele:

Dynamik ist ein wesentliches Kennzeichen der Industriegesellschaft. Die Folgen sind unübersehbare Spannungsfelder in einer von Abhängigkeiten gekennzeichneten Gesellschaft, in der sich der einzelne bewegt.

Anregungen

Schwierigkeiten der Koexistenz

Nationale Vorurteile

Nationalismus

Rassenfrage

Erhaltung und Ausdehnung wirtschaftlicher Macht

Überwindung der Schwierigkeiten und Notwendigkeit
der Koexistenz

Die deutsche Frage

Europa in Gegenwart und Zukunft

Die UNO — Aufgabe und Schwierigkeiten

Die Entwicklungshilfe

Die Überbevölkerung der Erde und die

Ernährungsprobleme

Internationale Handels-, Währungs-, Energie- und
Verkehrspolitik

Schwerpunktverschiebungen in der Welt

Zukunftsfragen